



Stilblüten 2

Schattenstile

von Heiko BERNER

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. **Reinhold Popp** veröffentlicht das **Zentrum für Zukunftsstudien** regelmäßig Beiträge seiner MitarbeiterInnen zu aktuellen Themen der Zukunftsforschung.

Das ZfZ hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich wissenschaftlich mit möglichen, wahrscheinlichen und wünschenswerten zukünftigen Entwicklungen in Gesellschaft, Ökonomie und Politik zu befassen.

Das Ziel der am ZfZ realisierten Forschungsarbeit **ist es, im hier und heute Orientierung für zukunftsbezogenes Entscheiden und Handeln zu geben.**

Dafür ist das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden, tiefgreifende und länger anhaltende Entwicklungen müssen von kurzfristigen Moden getrennt betrachtet werden. Die **interdisziplinäre Zusammenstellung des Forschungsteams** bietet die Möglichkeit einer multiperspektivischen Betrachtung der vom ZfZ untersuchten Zukunftsfragen.

Stilblüten 2

Schattenstile

Beitrag für den ZfZ-Wissenspool

Autor: Heiko Berner

Abstract

In „Stilblüten 2 – Schattenstile“ wird der Zusammenhang zwischen Lebensstilen und Ressourcenmangel thematisiert. Der Mangel an Ressourcen – hier sind damit beispielsweise Gesundheit, Arbeit oder Familie gemeint – dominiert unter Umständen in einem hohen Grad die Wahl des Lebensstils oder bestimmt ihn sogar vollständig. Im wissenschaftlichen Kontext besteht kein alleingültiges Konzept, was die freie Wahl des Lebensstils gegenüber einer an Rahmenbedingungen geknüpften Einschränkung bei der Wahl von Lebensstilen betrifft. Daher werden im folgenden Beitrag die Schattenstile beschrieben. Sie sind zwischen dem frei wählbaren Lebensstil und einem Ressourcenmangel, der die Wahl eingrenzt oder sogar unmöglich macht, angesiedelt.

Beispielhaft werden fünf Schattenstile – unter besonderer Berücksichtigung bestehenden statistischen Materials und zu erwartender, möglicher Trends – entwickelt und ausführlich beschrieben.

Salzburg, am 8. November 2011

Stilblüten 2

Schattenstile

In den Medien – zumeist auf den Panoramaseiten von Tageszeitungen oder im Vorabend-TV-Programm – kursieren in regelmäßigen Abständen neue attraktive Lifestyle-Praktiken – stets sind sie optimistisch, freundlich, konstruktiv. Urban Gardening ist so ein neuer Trend, der ursprünglich in den USA aus der Not geboren, Menschen dazu bewegt, kleinste städtische Anbauflächen agrikulturell nutzbar zu machen, um über die Runden der Arbeitslosigkeit zu kommen. Glaubt man den Berichten (z.B. <http://www.zeit.de/lebensart/2011-05/gardening-glosse>), so ist der Großstadt-Trend aber auch in akademisch-schicken Höherverdienendenkreisen angesiedelt. Wie das Beispiel zeigt, sind Lebensstile selbstgewählte Praktiken, sie können aber auch Ergebnis bestimmter (hier: Not-) Situationen sein. Bei einem sich immer weiter verschärfenden Kontrast zwischen wenigen Reichen und immer mehr, über immer weniger Ressourcen Verfügenden stellt sich daher fast zwangsläufig die Frage, wer sich einen teuren Lebensstil leistet, weil er es will und wessen Lebensstil eher unfreiwillig angenommen wurde.

Auch die wissenschaftliche Lebensstilforschung hat durchaus nicht einen einzigen gültigen Zugang zu diesem Thema. So diskutiert beispielsweise ein Beitrag der renommierten Lebensstilforscher Stefan Hradil und Annette Spellermann (2011) zwei verschiedene Möglichkeiten, sich dem Thema anzunähern. Generell gilt, dass Lebensstile Zugehörigkeiten von Einzelnen zu Gruppen aufzeigen und Gruppen einen abgrenzenden Charakter haben. Der Grund für die Zugehörigkeiten bzw. die Wahl bestimmter Gruppen wird allerdings unterschiedlich interpretiert. In einer postindustriellen Gesellschaft, in der Ressourcen für alle Menschen immer leichter verfügbar sind – so eine Annahme –, ist die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsschicht im herkömmlichen, ökonomischen Sinne nicht mehr per se gegeben. Die „schichtfrei“ gewordenen Individuen wählen sich nunmehr ihre Gruppen (in gewissen Grenzen) selbst aus, stets aus dem Bedürfnis heraus, durch Zugehörigkeit, Identität zu finden bzw. um Netzwerke zu bilden, die ihre Lebensinteressen fördern. Lebensstilforschung hat, dieser Denkart zufolge, die Aufgabe zu erklären, wie Ressourcen eingesetzt werden. Bei Hradil und Spellermann wird dies folgendermaßen formuliert (Hradil, Spellermann 2011, S. 52):

„Der Begriff des Lebensstils bezieht sich vornehmlich auf die Sphäre des privaten Lebens und der Freizeit, denn er richtet sich im Unterschied zu Schicht- oder Klassenbegriffen weniger auf das Vorhandensein von Ressourcen (wie Bildung oder Einkommen), sondern auf deren Verwendung. Wenn mit dem Lebensstil eines Menschen seine konkreten Einzelhandlungen (Konsumpräferenzen, politische Neigungen, Kindererziehung etc.) erklärt werden, dann bezieht sich diese Erklärung auf die Ziele und Präferenzen der Ressourcenverwendung (zum Beispiel auf seine Neigung zu einer häuslichen und zurückgezogenen Lebensführung) und – anders etwa als Verhaltensklärungen durch Klassen- und Schichtkonzepte – nicht auf die Verfügbarkeit dazu notwendiger Ressourcen.“

Der zweite Ansatz, den Hradil und Spellermann besprechen, beachtet restriktiv wirkende äußere Bedingungen (Hradil, Spellermann 2011, S. 53):

„Trotzdem können die Einzelnen ihren Lebensstil keineswegs völlig frei wählen. Bestimmte Gegebenheiten wirken sich mehr oder minder prägend auf die eigene Lebensführung aus. So unterliegen Eltern anderen Einflüssen als Kinderlose, ältere Personen anderen als jüngere, gebildete anderen als weniger gebildete, einkommensstarke anderen als arme.“

Zur selben Lesart lässt sich ein Beitrag des Soziologen Gunnar Otte zählen, der allerdings in seiner Formulierung schärfer ausfällt. Er sieht den prinzipiellen Erhalt von Gesellschaftsgruppen vor, wenngleich sie heute differenzierter wahrgenommen werden als im früheren 3-Schichten-Modell. Diese sozialen Schichten beeinflussen die Formierung und inhaltliche Ausprägung der Lebensstilgruppen maßgeblich. Lebensstilforschung kann auch diesem Gesellschaftsmodell verpflichtet sein (Otte 2008, S. 22, Hervorh. i. Orig.):

„Der Optionszuwachs und die Subjektivierung der Lebensführung ändern wenig daran, dass der Wahrnehmungs- und Aktionsradius der Menschen Restriktionen unterliegt. Und diese liegen wesentlich im Fortbestand relativer Ungleichheiten begründet: Soziales Handeln spielt sich in sozial strukturierten Kontexten unter Rückgriff auf verfügbare Ressourcen ab, und deshalb sind die Wahl von Interaktionspartnern und das Praktizieren bestimmter Lebensstile nicht ‚autonom‘.“

Im letzten Stilblüten-Artikel „Schöne neue Welt“¹ wurde eine Buchveröffentlichung zu Lebensstiltypen im Jahr 2020 kritisch auf ihre Wissenschaftlichkeit hinterfragt. Fazit war, dass sie im Prinzip keinerlei wissenschaftlichen Kriterien entspricht, was nicht weiter bedenklich wäre – ist das Werk doch klar als Marketinginstrument deklariert – wäre da nicht der wissenschaftliche Anspruch, den der Autor für die Ermittlung der unterschiedlichen Lebensstile vermittelt. Ein Kritikpunkt bezog sich auf die mangelnde Repräsentativität, die die zehn Typen in einem möglichen Bevölkerungsquerschnitt im Jahr 2020 einnehmen könnten. Eine Frage, die sich daraus ableitet lautet: Welche Lebensstile sind in Zukunft außerdem denkbar? Welche sind vielleicht sogar plausibler – gemessen an den Ressourcen, die einer Mehrheit zur Verfügung stehen werden?

Da in den Massenmedien Lebensstile sehr häufig repräsentiert sind, die der erstgenannten Variante – derjenigen der freien Wahl des Lebensstils – folgen, werden in diesem Beitrag fünf „Stile“ entworfen, die Menschen in ungünstigen, ressourcenarmen Lebenssituationen inne haben und haben werden. Sie werden überspitzt formuliert und sind ebenfalls nicht repräsentativ, sondern sollen vielmehr ein Gegenbild zum gängigen Lebensstilbegriff entwickeln – ein Gegenbild, das sich an den vorhandenen Ressourcen oder am Mangel an Ressourcen orientiert. Es handelt sich insofern um Schattenstile, die die dunkle Seite der Gesellschaft verkörpern, diejenige Seite, die sonst kaum mit dem Lebensstilbegriff in Verbindung gebracht wird. Schatten ist in diesem Sinne der Gegenbegriff zum Licht. Darüberhinaus beinhaltet er aber auch eine zweite Bedeutung: Der Schatten hängt einem Wesen an. Er ist nicht materiell, nicht eigenständig. So sind auch die folgenden Schattenstile keine eigenständigen Stile. Sie stellen gewissermaßen keine Wesen dar, sondern sie hängen den Menschen an und beeinflussen sie in der Wahl des Lebensstils – und zwar maßgeblich. Sie ergeben sich aus einem Mangel an Ressourcen. Ein Individuum kann sich um einen bestimmten Lebensstil bemühen, er kann ein Haus im Grünen kaufen, ein Cabriolet fahren oder Tennis spielen gehen, dennoch wird eine sich entwickelnde Depression seinen Lebensstil völlig dominieren. Ein anderer Mensch – der gehobenen Mittelschicht angehörig – kann alleine sechs Zimmer in Salzburgs Altstadt bewohnen, Stuck an der Decke, altrosa Stofftapeten an den Wänden. Im höheren Alter, als Pflegebedürftiger ist er dennoch isoliert und abhängig von der ihn pflegenden Familie. Die Verfügung über Ressourcen oder der Mangel an Ressourcen ist wie ein Schatten, der allen Lebensstilen potentiell anhaftet und sie prägt,

¹ Zu finden im blog des Zentrums für Zukunftsstudien der FH-Salzburg, unter: <http://zfzsalzburg.wordpress.com/2011/07/25/stilbluten-1-%e2%80%93-%e2%80%9eschone-neue-welt-%e2%80%9c/>

ändert oder ganz und gar bestimmt. Diese Rahmenbedingungen bestimmen die Leben der Menschen in einem solchen Ausmaß, dass sie die Wahl des Lebensstils auf ein Mindestmaß einengen können oder sogar – auch wenn sie im Sinne einer Lebensstilforschung, deren Lebensstilbegriff auf freier Wahl des Lebensstils beruht, strenggenommen keine Lebensstile darstellen – so doch die Qualität von Lebensstilen einnehmen.

Fünf denkbare Schattenstile sind:

1. **Human Good,**
2. **Living Urban Substandard,**
3. **Stilles Opfer,**
4. **Lost in Loneliness,**
5. **Hamsterradl.**

Sie werden im folgenden Beitrag entlang aktuellen statistischen Materials entworfen.

1. Zunahme der Leiharbeit.

Ressource: Arbeit, Lebensstil: Human Good.

Innerhalb des Themenkreises der Lebensstilforschung wird Erwerbstätigkeit häufig nur berücksichtigt, um die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsschicht sichtbar zu machen. Wesentlich ist dabei die Höhe des Einkommens, um auf einen möglichen Lebensstandard und Konsumoptionen schließen zu können. Die Erwerbstätigkeit in Hinblick auf eine bestimmte Gruppenzugehörigkeit wird dabei ausgeklammert. Dass die Teilnahme am Arbeitsleben aber ebenfalls die Teilnahme an einer Gruppe darstellt und dadurch identitätsstiftend ist, wird häufig vernachlässigt. Dies ist einerseits folgerichtig, da die Entscheidung, sich überhaupt in Erwerbstätigkeit zu begeben, meist wenig freiwillig geschieht und die Wahl der Tätigkeit ebenfalls Zwängen unterliegt, was derjenigen Form von Lebensstilforschung, die sich auf die freie Wahl von Praktiken konzentriert, grundlegend entgegen steht. Dennoch ist es insofern verwunderlich, als dass die Erwerbstätigkeit – die ja gewöhnlich die Teilhabe an einer Gruppe von Menschen zur Folge hat – identitätsstiftend ist. Dieses Element der Identität ist bei sogenannter Leiharbeit (oder Arbeitskräfteüberlassung, wie die offizielle Diktion lautet) allerdings gefährdet. Durch den Mangel an Zugehörigkeit zur Stammebelegschaft führt diese Form der atypischen Beschäftigung innerhalb der Produktionskette zu einer besonders ausgeprägten Entfremdung von der Arbeit.

Wie die folgende Grafik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zeigt, hat die Leiharbeit in den letzten Jahren immens zugenommen (bmask 2011, S. 3).

bmask.gv.at		Arbeitskräfteüberlassungsgesetz										APFteam				
Hauptergebnisse 1998-2010																
Stichtagserhebung vom 31. Juli des jeweiligen Jahres																
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010			
Arbeitskräfteüberlasser/innen*	742	848	999	1.110	1.087	1.287	1.424	1.427	1.442	1.608	1.761	1.869	2.082			
Anzahl überlassene Arbeitskräfte	20.772	24.277	30.120	33.156	31.207	38.491	44.125	46.679	59.262	66.688	68.081	57.230	66.054			
Anteil an den unselbständig beschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten**	1,0%	1,2%	1,4%	1,6%	1,5%	1,3%	1,5%	1,6%	1,9%	2,1%	2,1%	1,8%	2,0%			

* inklusive gewerbliche Überlasser, die eine Leermeldung abgegeben haben oder keine aufrechte Gewerbeberechtigung zu diesem Zeitpunkt hatten
 ** Bezugsgröße ab 2006 unselbst. besch. ArbeiterInnen und Angestellte am 31.7. des Jahres; bis 2005 Jahresdurchschnitt

Worauf die Grafik ebenfalls hinweist, ist der Gesamtanteil von (lediglich) 2% an den unselbständig Beschäftigten insgesamt. Dies täuscht allerdings darüber hinweg, dass der Großteil der „Überlassenen“ Männer und außerdem Arbeiter sind. Die Veröffentlichung des BMASK nennt 67% männliche Arbeiter unter den Leiharbeitern, was 44.256 Personen entspricht. Unter den insgesamt 3.690.400 unselbständigen Angestellten im Jahr 2010 in Österreich sind 1.200.600 ArbeiterInnen². Die Statistik unterscheidet leider nicht zwischen Männern und Frauen, doch selbst wenn alle davon Männer wären, würde der Anteil an Leiharbeitern unter den Arbeitern über 3,7 % liegen. Bei angenommenen drei Vierteln männlichen Arbeitern (gegenüber einem Viertel Frauen) läge er dementsprechend bei sogar fast 5 % – Tendenz steigend!

Leiharbeiter sind neben der erwähnten Nicht-Zugehörigkeit auch faktischen Benachteiligungen und emotionalem Druck ausgesetzt. Sie „nehmen mit ihren Leih- und Teilzeitjobs ein höheres Risiko in Kauf in wirtschaftlich schweren Zeiten, die ersten zu sein, die entlassen werden. [...] Flexibilität, ein schöner Mythos der Arbeitswelt, deren wahre Auswirkungen kaum ein Arbeitnehmer erleben möchte“³, schreibt der „Standard“ in einem kritischen Artikel zum Thema. Trotz der Bindung an Kollektivverträge, liegen die Löhne in aller Regel deutlich unter denen von festangestellten Kollegen, da auf Zusatzzahlungen verzichtet wird, so die Tageszeitung „Der Standard“ weiter. Besonders traurig dabei ist, dass sie auch nicht vom Betriebsrat vertreten werden, da sie formal nicht zur Belegschaft zugehören.⁴

„Diese Erfahrung hat auch Lisa gemacht. Als in ihrer Firma die Übernahme der Startgebühr für ein Sportevent angekündigt wurde, meldete sie sich als Mitarbeiterin gleich dafür an. Ohne zu ahnen, dass dies ein Problem darstellen könnte. Tags darauf erfuhr sie, dass sie dafür nicht in Frage kommt, da das Bezahlen ihres Beitrags eine ‚Zweckentfremdung‘ der Betriebsratsgelder wäre.“⁵

Human good.

² Vgl. Statistik Austria. Tabelle: „Ergebnisse im Überblick: Erwerbspersonen“, unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/erwerbspersonen/index.html, Zugriff am 23.09.2011.
³ <http://dastandard.at/1293370598987/daStandardat-Arbeitsleben-zweckentfremdet>, Zugriff am 22.09.2011
⁴ Mehr zum Thema Leiharbeit vgl. auch Wroblewski 2001.
⁵ Vgl. Fußnote 3.

2. Zur Miete wohnen: Mietpreiserhöhungen durch Gentrifizierung und Privatisierung gemeinnützigen Wohnraums. Ressource: Wohnen, Lebensstil: Living Urban Substandard.

Das Thema Miete betrifft in Österreich fast die Hälfte der EinwohnerInnen. Besonders wichtig ist daher die Mietpreisentwicklung – und diese zeigt seit Jahren nach oben. Die Arbeiterkammer kommt zu folgenden Zahlen:

„In Österreich leben rund 44% der Haushalte in Mietwohnungen. [...] In Österreich stiegen die nominellen Wohnungsmieten zwischen 1994 und 2004 um rund 38%, die übrigen Preise um rund 16%. Das ergibt einen Anstieg der realen Mieten um etwa 20%. [...] Seit 1996 ist das Wohnbauvolumen in Österreich kontinuierlich gesunken und lag 2004 um ca 16% unter jenem des Jahres 1994.“ (Gstach, S. 4) Im internationalen Vergleich fällt dieser Anstieg noch deutlicher aus, denn seit „1993 [...] steigen die österreichischen Mieten wieder beinahe kontinuierlich gegenüber den Mieten in anderen OECD Ländern.“ (ebd., S. 20)

Was wäre, wenn verstärkend zu diesen „normalen“ Entwicklungen noch andere hinzukämen, wie sie beispielsweise in Deutschland schon länger auf der Tagesordnung stehen? Zwei Trends sind hierfür verantwortlich, von denen zumindest einer mittlerweile schon in Österreich ankam: die Privatisierung gemeinnützigen Wohnraums. Prominentes Beispiel hierfür ist das Verfahren um Vorteilsnahme bei der Privatisierung der Buwog⁶. Hierin liegt ein Konfliktpotential, das sich letztlich auf die gewissermaßen letzten und kleinsten Glieder der Kette – die MieterInnen – auswirken wird, wie das im folgenden beschriebene Beispiel aus Deutschland zeigt. Auch der andere Trend scheint hier für die Zukunft denkbar zu sein. Es handelt sich um Mietpreiserhöhungen durch Gentrifizierung.

Dieser Trend – die Gentrifizierung – wird verursacht durch ein stetig zunehmendes schicker und hipper Werden eines ursprünglich ärmeren Stadtteils, wodurch sich die Wohnungs- und Mietpreise nach und nach erhöhen⁷. In Deutschland steht derzeit Berlin, und hier vor allem der Stadtteil Kreuzberg, im Zentrum der Aufmerksamkeit, aber auch andere Städte wie Hamburg haben die Problematik dieser Entwicklungen erkannt. Was zunächst eher unauffällig beginnt, meist durch die Zunahme alternativer Gastronomien oder kleiner Läden, verschärft sich in einem schleichenden Prozess aufgrund der stetig steigenden Anzahl von zuerst zahlungskräftigen KundInnen und TouristInnen und schließlich wohlhabenderen BewohnerInnen des betroffenen Stadtteils. Im schlimmsten Falle hat dies zur Folge, dass das Wohnen für die bestehende BewohnerInnenschaft nicht mehr länger leistbar ist. In einem Artikel der „Zeit“ wird das Thema folgendermaßen umrissen, hier mit Bezug auf Kreuzberg: „Auch wenn vieles davon vorerst übertrieben wirkt – das Gentrifizierungskarussell, das sich zwei Jahrzehnte eifrig anderswo drehte, hat Kreuzberg erfasst und den üblichen Strukturwandel nach sich gezogen: Den Künstlern als Pionieren der Zwischennutzung billigen Wohnraums – die Zwischennutzung ist das Trockenwohnen der Gentrifizierung –

⁶ <http://derstandard.at/1319181127037/Causa-Buwog-Lobbyist-Hochegger-ein-Buwog-Zeuge-ohne-Erinnerung>, Zugriff am 04.11.2011.

⁷ Informationen zum Phänomen der Gentrifizierung liefert die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung: http://www.bpb.de/publikationen/5C7FXX,0,Gentrifizierung_im_21_Jahrhundert.html, Zugriff am 23.09.2011.

folgten die Junggastronomen. Dann zogen die zahlungskräftigen Mittelschichten nach, denen es im verkehrsberuhigten Suburbia zu öde wurde. Am Ende der Kette stehen die Touristen, die mit Easyjet billig eingeflogen kommen, um einen Geist zu erspüren, der sich vor zu vielen Touristen verflüchtigt hat.“⁸

Auf die zweite Problematik weist ein Artikel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ vom Mai 2011 hin⁹: Die Privatisierung von genossenschaftlichem Wohneigentum. Im hier beschriebenen Beispiel wurde die Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten (Gagfah) an die Investmentfirma Fortress verkauft, die mittlerweile an die Börse ging und in Deutschland 160.000 Wohnungen besitzt. „Sie gilt als größter börsennotierter Immobilienkonzern in Deutschland“, so das Nachrichtenmagazin. Problematisch ist dies laut Spiegel, weil es sich bei Fortress um eine US-Heuschrecke handelt, die ihre Häuser systematisch herunterkommen lässt. Als Beleg führen die Spiegelautoren folgende Grafik an, die auf Datenmaterial der Gagfah beruht. Neben der Gewinnausschüttung hier vor allem die Instandhaltungsaufwendungen interessant, die im Laufe der letzten Jahre permanent geringer wurden.



Im Gegensatz zur Gentrifizierung sind hier die Auswirkungen unmittelbar: Schimmel, schlechte Heizung und Fenster, marode Bausubstanz – allesamt Auswirkungen, die der Spiegel anhand einer Wuppertaler Familie beschreibt:

„Es war die Zeit als bei den drei Kindern von Sanye-Abou-Leila in Wuppertal Asthma-Anfälle und Bauchschmerzen einsetzten. Längst hatte sich der Schimmel auch an der Wand neben den Kinderbetten breitgemacht. Im Winter zog es durch die undichten Fenster, einmal fiel der 45-Jährigen beim Putzen die Schlafzimmertür aus der maroden Aufhängung auf die Schulter.“

Immer höhere Mietem in den Städten, gepaart mit immer weniger zur Verfügung stehendem gemeinnützigem oder genossenschaftlichen Wohnraums führen zu:

Living urban substandard.

⁸ Die Zeit online, unter: <http://www.zeit.de/2011/18/Berlin-Kreuzberg>, Zugriff am 23.09.2011

⁹ Der Spiegel online, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-78602566.html>, Zugriff am 23.09.2011

3. Zunehmende Pflegebedürftigkeit mit Folgeproblematiken Ressource: Alter, Lebensstil: silent victim.

Dass es in unserer Zukunft einen immer größeren Anteil an älteren Menschen geben wird, ist längst bekannt. Recht zuverlässige Hochrechnungen liefert hierfür die Demografie. Statistik Austria beziffert den prozentualen Anteil der über 60-Jährigen für die kommenden Jahre: „Im Jahr 2010 standen noch 23,1% der Bevölkerung im Pensionsalter von 60 und mehr Jahren. Infolge der aufgezeigten Veränderungen werden ab dem Jahr 2018 bereits mehr als 25% der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre alt sein und nach 2027 bereits mehr als 30%. Bis zum Jahr 2050 steigt der Anteil der über 60-jährigen Bevölkerung auf 34,5% an.“¹⁰ Die Gründe liegen hauptsächlich im sogenannten Baby-Boom der 1950er und 60er Jahre und in der immer höheren Lebenserwartung bei gleichzeitig nicht steigender Kinderzahl.

Mit der steigenden Lebenserwartung und mit der höheren absoluten Zahl von älteren Personen wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter zunehmen. So werden in der Statistik für die im Jahr 2003 Geborenen 12,7 Jahre der Lebenszeit bei Männern bzw. 14,9 Jahre bei Frauen mit chronischen Krankheiten angenommen, für die im Jahr 2008 Geborenen werden es schon 21 (m) bzw. 23,7 (w) Jahre sein. Der Zuwachs von funktionalen Beeinträchtigungen wird etwas geringer eingeschätzt – von 17,9 für 2003 Geborene zu 19,1 Jahren in 2008 (m) bzw. von 21 zu 22,8 Jahren bei den Frauen¹¹. Diese Zahlen geben indirekt einen Hinweis auf die Zunahme der Jahre, die ein Mensch in Pflege verbringt. Auch die Arbeiterkammer argumentiert in einer Studie zur geriatrischen Langzeitpflege ähnlich, ebenfalls mit Datenmaterial der Statistik Austria: Mit höheren Gesundheitsausgaben ist zu rechnen und dies „liegt einerseits daran, dass durch das erfolgreiche Zurückdrängen so genannter Zivilisationskrankheiten – insbesondere Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen – Menschen nicht nur älter werden, sondern im Alter auch eine längere Zeit an chronisch-degenerativen Erkrankungen leiden werden (Statistik Austria 2003, 30).“ (Streissler 2004, S. 1)

Die Arbeiterkammer unterscheidet bei der geriatrischen Pflege zwischen informeller und formeller Pflege, wobei informell bedeutet, dass zuhause, überwiegend von Familienangehörigen gepflegt wird. Diese Form der Pflege macht, laut AK, 80% aus. Auch das Rote Kreuz nennt ähnliche Zahlen: „In Österreich werden rund 80 Prozent aller Pflegegeldbezieher überwiegend von ihren Angehörigen versorgt, rund 15 Prozent erhalten ergänzend mobile Pflege und Betreuung und etwa 20 Prozent leben in einer stationären Pflege- und Betreuungseinrichtung.“¹²

Die Schwierigkeiten, denen die pflegenden Angehörigen – meist handelt es sich um die Töchter – hierbei ausgesetzt sind, sind immens. Viele sind erwerbstätig und sehen sich einem starken zeitlichen Druck ausgesetzt. Diejenigen, die nicht erwerbstätig sind, haben eine erschwerte Situation in Hinblick auf ihren

¹⁰http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html#index1, Zugriff am 23.09.2011

¹¹

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/gesundheitszustand/lebenserwartung_in_gesundheit/index.html, Zugriff am 23.09.2011, Zugriff am 23.09.2011.

¹² <http://www.rotekreuz.at/berichten/aktuelles/news/datum/2009/12/11/keine-zeit-ich-pflege/>, Zugriff am 23.09.2011

Versicherungsstatus und auf die Wiederaufnahme ihres Berufs, wenn die Zeit der Pflege zuende geht, zumal sie oft selbst schon über 50 Jahre alt sind. Neben der physischen und psychischen Belastung gilt in jedem Fall: Das Geld, das für Pflege zur Verfügung steht – auch bei häuslicher Betreuung – ist stets knapp. Darüberhinaus sind häuslich pflegende Angehörige oft nicht geschult und erfahren keine professionelle Form der Verarbeitung ihrer alltäglichen Erlebnisse, wie dies durch Supervision oder Intervision möglich sein könnte. Die emotionale Nähe zum bzw. zur Gepflegten verstärkt diese Problematik. „Wie schon angeschnitten, dürfen die emotionalen Belastungen pflegender Angehöriger nicht unterschätzt werden und sie fühlen sich (zu Recht) in ihrer Situation sehr oft alleingelassen“ (Streissler 2004, S. 13), heißt es in der Studie der Arbeiterkammer.

Eine mögliche Folge dieser Umstände ist häusliche Gewalt an älteren, pflegebedürftigen Menschen – ein Thema das in den letzten Jahren immer breiter diskutiert wird und auch in der wissenschaftlichen Debatte stärker Erwähnung findet.¹³ „Gewalt und Vernachlässigung durch Pflegende Angehörige (Kinder und Partner) und Professionell Pflegende kommen in einem deutlich über Einzelfälle hinausgehenden Ausmaß vor“ (Müller-Hergl 2011, S. 3), so die grundsätzliche Erkenntnis. Opfer sind dabei überwiegend Frauen, Täter öfter Männer, d.h. meist Ehemänner und Kinder der Betroffenen, wobei die körperliche Gewalt bei größerem Altersabstand zunimmt. „Bezüglich der Ursachen von Gewalt in der häuslichen Pflege wird in der Regel zunächst Überforderung und Überlastung von im Grundsatz gutwilligen Pflegenden (primär Angehörigen) diskutiert (Görgen/Greve 2005). Des weiteren werden biographische Verstrickungen genannt, die in Gefühlen von Abhängigkeit, Ausgeliefertsein, Rollengefangenschaft und Rollenüberlastung der Pflegenden Angehörigen münden.“ (Müller-Hergl 2011, S. 9)

Zur Anzeige von Gewalt kommt es meist durch Dritte und generell ist an den Studien auffällig, dass die Perspektive der Betroffenen kaum erfasst wird. Da sie häufig altersdement sind, wird dies sicher auch nur schwer realisierbar sein. Und diejenigen, die kognitiv in der Lage wären, sind – anders als nicht-pflegebedürftige ältere Personen – isoliert und eingeschränkt in ihren sozialen Netzwerken.

Stilles Opfer.

¹³ Zwei Texte, die das Thema überblicksartig aufarbeiten und weitere Literaturhinweise geben, sind Müller-Hergl 2011 und Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.) 2009.

4. Zunehmende Depressionen.

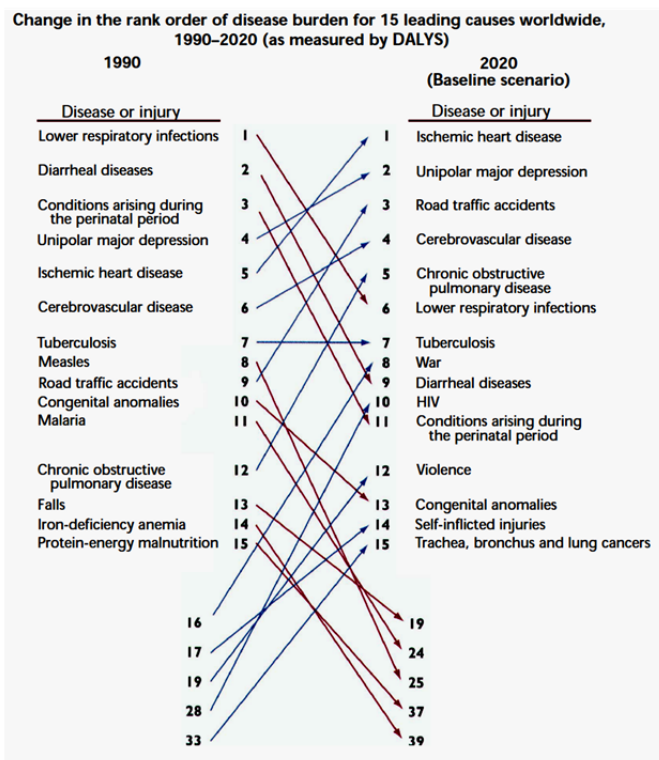
Ressource: Gesundheit, Lebensstil: Lost in Loneliness.

Psychische Krankheiten sind für Arbeitgeber eine immer relevanter werdende Größe, da die Anzahl der Krankheitsfälle und die Dauer der Krankheitstage, sowie die zunehmende Zahl von Frühpensionierungen aufgrund psychischer Erkrankungen einen immer größeren Personalausfall verursachen. „Psychische Krankheiten wie Depressionen, Angstzustände oder gar Burnout sind zwar nicht die häufigste Ursache für den Krankenstand, führen aber mit Abstand zu den längsten krankheitsbedingten Fehlzeiten. [...] Bei angestellten Frauen sorgen psychische Erkrankungen bereits für über 29 % aller Frühpensionierungen, bei Männern 18,3 %“¹⁴, heißt es auf der homepage der österreichischen Sozialversicherungen. Auf derselben Seite wird über die eklatante Zunahme psychischer Krankheiten berichtet: „Die jährlichen Krankenstands-fälle wegen psychischer Krankheiten nahmen in Österreich zwischen 1995 und 2008 von 35.000 auf über 66.000 Fälle zu (plus 89 %), die Krankenstandstage stiegen im gleichen Zeitraum um 103 %.“ (ebd.) Und die WHO warnt davor, dass Depressionen, die unter den psychischen Krankheiten den größten Anteil haben, bis 2020 die häufigste Krankheit der westlichen Welt darstellen wird.¹⁵

In einer 1992 veröffentlichten Studie, an der die WHO ebenfalls beteiligt war, werden unipolare Depressionen für das Jahr 2020 als zweithäufigstes Gesundheitsleiden weltweit eingeschätzt.

In Deutschland sind ca. 4 Mio Menschen depressiv, was ungefähr 5% der Bevölkerung entspricht, in Österreich verhält es sich ähnlich. Die Statistik Austria führt im Jahrbuch der Gesundheitsstatistik 477.500 Personen an, die für die Jahre 2006/7 eine Depression oder eine Angststörung nannten.

Zwar ist umstritten, ob die Fälle tatsächlich zugenommen haben, oder ob Depressionen im Vergleich zu früher häufiger diagnostiziert werden – allein: für die Betroffenen ist dies unerheblich. Dabei machen die österreichischen Sozialversicherungen als Ursache durchaus die Auswirkungen einer individualisierten Welt aus. „Neben Faktoren im privaten Umfeld sind Arbeitsverdichtung und enge Zeitvor-



¹⁴http://www.sozialversicherung.at/portal27/portal/esvportal/channel_content/cmsWindow?action=2&p_menuid=69440&p_tabid=5&p_pubid=640562, Zugriff am 26.09.2011.

¹⁵ vgl.: <http://www.psychotherapiepraxis.at/artikel/depression/depression-therapie.phtml>, Zugriff am 26.09.2011.

gaben für Spannungen und Überforderung am Arbeitsplatz verantwortlich. In Zeiten der Krise kommen die Arbeitsplatzunsicherheit sowie ein ständiger Anpassungsdruck an neue Bedingungen dazu.“¹⁶ Dies führt zu der Annahme, dass der jüngere Begriff Burn-Out mit Depression gleichzusetzen ist, da hier die Ursachen für die Depression stark im Arbeitsbereich verankert werden. Sicherlich gibt es Parallelen und ausgeprägte Formen des Burn-Outs könnten vermutlich häufig als Depression diagnostiziert werden, dennoch besteht laut ICD-10 (der Internationalen Klassifikation von Erkrankungen) ein Unterschied: Depression gilt als Behandlungsdiagnose, die einer Therapie zugrunde liegen muss, während Burn-Out eine Rahmen- oder Zusatzdiagnose darstellt.

Einige zunächst sekundär erscheinende Probleme der Krankheit können für eine erfolgreiche Therapie ins Zentrum geraten. Die therapeutischen Maßnahmen sind oftmals nicht ausreichend vorhanden, so zeigen Studien der WHO, „dass weniger als 25 Prozent, in manchen Ländern sogar weniger als zehn Prozent der Betroffenen einen Zugang zu effektiven Behandlungen haben.“ (BMG 2010, S. 3) In der Diagnose liegt eine erste Schwierigkeit. Einerseits besteht die Gefahr, dass von Ärzten am Beginn der Depression verharmlost wird, andererseits suchen Betroffene oft nicht früh genug einen Facharzt auf. „Laut Patientenbericht dauert es 28,4 Monate vom Auftreten der ersten Symptome bis zur Diagnose. Nochmals 6,6 Monate vergehen bis zur Einleitung einer suffizienten Therapie. Zum Vergleich: Nur rund sieben Monate warteten Patienten mit Diabetes mellitus auf ihre Diagnose.“¹⁷ Ein Grund für die zeitliche Verschleppung eines Therapiebeginns liegt bei der Krankheit und dem Stellenwert der Betroffenen als vermeintliche Versager in der Gesellschaft. „Bei vorhandener Diagnose wird von vielen Betroffenen – aufgrund der Scham, die sie angesichts psychischer Probleme empfinden einerseits und dem Vertrauensverhältnis andererseits – wenn überhaupt, dann zunächst einmal der Hausarzt konsultiert.“¹⁸ Hausärzte schätzen die Krankheit aber zunächst oft als zu harmlos ein und verschreiben – in der Hoffnung, die Verstimmung sei vorübergehend – lediglich ein Antidepressivum. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang eine bessere Informiertheit für Allgemeinärzte, wie auch in einem Beitrag, erstellt im Auftrag des Gesundheitsministeriums, konstatiert wird: „better training of non-psychiatric physicians, especially of general practitioners, in order to enable them to recognize these disorders at an early stage, is necessary.“ (BMG o.J., S. 6)

Der Weg zu einem Facharzt ist dann oftmals langwierig und die ausschließliche Therapie mit Antidepressiva üblich. Deren Verkauf nahm in den letzten Jahren deutlich zu, wie ein Beitrag des Bundesgesundheitsministeriums aufzeigt: „Im Jahr 2007 betragen die Kosten für Psychopharmaka in Österreich rund 206 Mio. Euro, wobei auf die Gruppe der Antidepressiva rund 42 Prozent der Kosten fallen. Bei Verordnungen von SSRI¹⁹ ist in den Jahren 1997 bis 2001 ein Zuwachs von rund 96 Prozent zu verzeichnen.“ (BMG 2010, S. 1) Allerdings ist die sogenannte Patientcompliance, also der Mitwirkung der PatientInnen an der Therapie, ohne eingehende Begleitung, z.B. durch die Psychotherapie, oft mangelhaft: die Me-

¹⁶ vgl. Fußnote Nr. 14.

¹⁷ <http://www.aerztezeitung.at/archiv/oeaez-2009/oeaez-8-25042009/patientenbericht-angst-und-depression.html>, Zugriff am 30.09.2011.

¹⁸ <http://www.psychotherapiepraxis.at/artikel/depression/depression-therapie.phtml>, Zugriff am 26.09.2011

¹⁹ Bei den SSRI handelt es sich um sogenannte Serotonin-Wiederaufnahmehemmer – den gängigen, aktuellen Antidepressiva.

dikamente, die erst nach mehrere Wochen wirken, werden ohne Absprache mit dem Arzt abgesetzt. Bis eine, eventuell ergänzende, Psychotherapie begonnen werden kann, dauert es oft Jahre – eine Zeit, die für die Betroffenen überstanden werden muss. Im ständigen Kampf gegen die Antriebslosigkeit wäre gerade bei der Suche nach der geeigneten Therapie Hilfe von Außen dringend nötig.

Ein an Depression leidender Mann berichtet über den Beginn der Krankheit (Focus Patient 2008, S. 17):

„Rückblickend habe ich schon seit meiner Jugendzeit immer wieder unter Depressionen gelitten, es war mir nur damals noch nicht bewusst. Mit 32 Jahren wurden sie aber so stark, dass ich nicht mehr weiterwusste und ärztliche Hilfe suchte. Die damals verfügbaren Medikamente hatten bei mir keine Wirkung.“

Lost in Loneliness

5. Alleinerziehende – Kein Geld, keine Zeit. Ressource: Familie, Lebensstil: Hamsterradl.

Ein wahrscheinlicher Weg für Mütter an die Armutsgrenze zu kommen, liegt in der Trennung vom (Ehe-)Partner. Alleinerziehende, und das sind in knapp 85% der Fälle Frauen²⁰, beziehen häufig zusätzlich zum Gehalt eine Aufstockung durch die Mindestsicherung, da das spärliche Gehalt der Teilzeitstelle nicht reicht. „Ein-Eltern-Haushalte liegen mit einem medianen Äquivalenzeinkommen von 13.534 Euro um 24% unter dem Durchschnitt, und weisen damit das geringste mediane Einkommen in diesem Vergleich der Haushaltsformen auf.“²¹ (Statistik Austria 2008, S. 28) Von allen Haushalten mit Kindern (4.018.000) sind 11% armutsgefährdet – von diesen Haushalten sind 8% Ein-Eltern-Haushalte, von denen allerdings überdurchschnittlich viele, nämlich 30%, armutsgefährdet sind²². Leider liegen keine Zahlen vor über die Zahlen von Sozialhilfeaufstockern unter den Ein-Eltern-Haushalten, d.h. Alleinerziehenden in Erwerbstätigkeit, die mit ihrem Verdienst nicht den Betrag der Mindestsicherung erreichen und daher die Differenz vom Sozialamt aufgestockt bekommen. Die Zahl der Ein-Eltern-Haushalte in Österreich hat von 1985 bis 2010 fast nicht zugenommen: 1985 – 269.000 (235.000 w und 34.000 m); 2010 – 296.000 (254.000 w und 41.000 m)²³. Es wäre daher interessant, ob sich bei fast gleichbleibender Zahl von Alleinerziehenden, die Zahl der

²⁰

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/familien/023079.html, Zugriff am 29.09.2011.

²¹ „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006“, unter: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/publdetail?id=152&listid=152&detail=459, Zugriff am 30.09.2011.

²² http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrdung/043950.html, Zugriff am 29.09.2011.

²³

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/familien/023079.html, Zugriff am 29.09.2011.

AufstockerInnen unter ihnen verändert hat. Zumindest die generellen Ausgaben für Sozialhilfe und die Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen insgesamt lassen vermuten, dass es sich so verhält. In Österreich wurden 1999 1,59 Mrd Euro für Sozialhilfe ausgegeben – im Jahr 2009 waren es 2,99 Mrd. Euro²⁴. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in Privathaushalten (also ohne die BewohnerInnen von Alten- oder Pflegeheimen) nahm ebenfalls immens zu. Sie betrug in Österreich im Jahr 1999 71.504, im Jahr 2009 waren es 173.817²⁵.

Eine Untersuchung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK 2011) zeigt eingehend die vielgestaltigen Problemlagen von alleinerziehenden Frauen auf. Sie berücksichtigt, neben der rein faktischen, statistischen Sichtweise, die Perspektive der Mütter, die mittels qualitativer Interviews erfasst wurde. Die Hauptprobleme der Betroffenen lassen sich mit den Überschriften „Mangel an Zeit“ und „Mangel an Geld“ zusammenfassen. Diese Defizitsituation verschärft sich noch dadurch, dass sich die beiden Faktoren gegenseitig verstärken: Durch den Mangel an Zeit, ist meist nur eine Teilzeitstelle möglich, durch den daraus resultierenden Geldmangel, sind weniger Möglichkeiten für die Kinderbetreuung gegeben, die ja stets auch Geld kostet, was wiederum einen noch größeren Mangel an Zeit zur Folge hat. Was im normalen Alltag gerade noch zu leisten ist, führt im Ausnahmefall, z.B. wenn Mutter oder Kind krank ist, oder eine größere finanzielle Leistung zu erbringen ist, oft zu größten Spannungen. Auch die schwierige finanzielle Planbarkeit der Haushaltsführung innerhalb dieses engen Rahmens, die beispielsweise durch unzuverlässige Alimentszahlungen der Exmänner verursacht wird, trägt zur emotionalen Belastung der Frauen bei. Häufig lassen sich die Notsituationen nur mit Hilfe von Angehörigen lösen, sei es dass punktuell oder regelmäßig finanzielle Hilfe geleistet wird, oder dass ein privates Kinderbetreuungsnetzwerk aufgebaut wird. Letztlich stehen die Alleinerziehenden dadurch permanent in der Schuld von Anderen. „Auffallend ist, dass es – auch wenn private finanzielle Unterstützungsleistungen aus akuten Engpässen helfen – in den Familien der befragten Alleinerzieherinnen zu massiven Einschränkungen kommt (z.B. Konsumgüter, Lebensmittel, Bildung, Wohnen).“ (ebd., S. 150)

²⁴ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/020146.html, Zugriff am 29.0.2011.

²⁵ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/020143.html, Zugriff am 29.09.2011.

Eine Betroffene beschreibt im Interview die andauernde Anspannung:

„Es gibt immer wieder Situationen, wo ich mir denke: Puuh, irgendwie muss es weitergehen! Ja, arbeiten, das muss ich immer, alleine ihn in der Früh hinbringen, das Aufstehen, alles, Essen machen, es ist wirklich, jedes kleine Detail hängt nur an mir, alles! Dann, wenn ich in der Arbeit bin, ich komme nur sehr wenig in Ruhephasen. Ich hab sehr wenig das Gefühl, dass ich wirklich nur Zeit für mich habe, sondern dass ich wirklich das Gefühl habe, ich kann mich nicht fünf Minuten am Tag hinsetzen. Kaum aus dem Kindergarten, gehe ich in die Arbeit. Von der Arbeit in den Kindergarten, vom Kindergarten hierher [in die Wohnung, Anm.], dann geht es weiter natürlich. Abendessen, Kind zu Bett legen, und dann schlafe ich immer ein, also im Moment, ja, bin ich müde, ja. Ganz ehrlich müde.“

Hamsterradl.

Diese fünf „Schattenstile“ sollten, wie eingangs erwähnt, aufzeigen, dass oftmals Rahmenbedingungen oder mangelnde Ressourcen ausschlaggebend für bestimmte Lebensstile sind bzw. die Grenzen für die Wahl von Lebensstilen vorgeben. Die Schattenstile befinden sich also gewissermaßen zwischen den Begriffen „Lebensstil“ und „Rahmenbedingung“, da der besprochene Ressourcenmangel bzw. die herrschenden Rahmenbedingungen die Leben der Menschen oft so sehr beeinflussen, dass sie selbst den Charakter von Lebensstilen bekommen. Die gewählten Ressourcen, Arbeit, Wohnen, Alter, Gesundheit und Familie bzw. Geschlecht weisen außerdem weitere Unterthemen auf, die hier nicht zur Sprache kamen. So ist beim Thema „Arbeit“ das Unterthema „atypische Beschäftigung“ bei weitem nicht ausdiskutiert. Schließlich wurden einige Ressourcen an dieser Stelle überhaupt nicht berücksichtigt, z.B ist die „Herkunft“ sicherlich maßgebend für Benachteiligungen und Rollen, die gesellschaftlich vorformuliert sind; auch „Bildung“ ist eine Ressource, deren Vorhandensein stark milieubestimmend ist.

Und ganz nebenbei: Das hier angewandte Vorgehen soll nicht den Spaß an bunt-leuchtenden, genießerischen Lebensstilpraktiken nehmen – es soll aber die Realität einiger Schattenseiten der Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Leben der Menschen, die diese Gesellschaft mit darstellen, aufzeigen.

Literatur:

Einleitung:

Hradil, Stefan; Spellerberg, Annette: „Lebensstile und soziale Ungleichheit“, in: „Gesellschaft.Wirtschaft.Politik (GWP)“, Heft 1/2011, S. 51 – 62.

Otte, Gunnar: „Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Webauftritte:

Die Zeit online:: <http://www.zeit.de/lebensart/2011-05/gardening-glosse>, Zugriff am 24.09.2011.

Blog des Zentrum für Zukunftsstudie, Salzburg:

<http://zfzsalzburg.wordpress.com/2011/07/25/stilbluten-1-%e2%80%93-%e2%80%9ceschone-neue-welt-%e2%80%9c/>, Zugriff am 20.09.2011.

1. Human Good

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (bmask) (Hrsg.) „Gewerbliche Arbeitskräfteüberlassung in Österreich im Jahr 2010“, o.O. 2011.

Unter: https://akupav.eipi.at/akupav/2010/Erläuterungen_2010.pdf, Zugriff am 22.09.2011.

Wroblewski, Angela: „Leiharbeit in Österreich. Übergangslösung oder Sackgasse?“, Wien 2001.

Unter: <http://www.equi.at/dateien/rs48.pdf>, Zugriff am 22.09.2011.

Webauftritte:

Der Standard online: <http://dastandard.at/1293370598987/daStandardat-Arbeitsleben-zweckentfremdet>, Zugriff am 22.09.2011.

Statistik Austria:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/erwerbspersonen/index.html, Zugriff am 23.09.2011.

2. Living Urban Substandard

Gstach, Dieter: „Der Einfluss steigender Wohnungsmieten auf den Konsum. Eine makroökonomische Untersuchung. Verfasst im Auftrag der AK Wien“, Wien o.J.

Unter: http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d42/Studie_Wohnungsmieten.pdf, Zugriff am 23.09.2011.

Webauftritte:

Bundeszentrale für politische Bildung:

http://www.bpb.de/publikationen/5C7FXX,0,Gentrifizierung_im_21_Jahrhundert.html, Zugriff am 23.09.2011.

Der Standard online, unter: <http://derstandard.at/1319181127037/Causa-Buwog-Lobbyist-Hohegger-ein-Buwog-Zeuge-ohne-Erinnerung>, Zugriff am 04.11.2011.

Der Spiegel online, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-78602566.html>, Zugriff am 23.09.2011.

Die Zeit online, unter: <http://www.zeit.de/2011/18/Berlin-Kreuzberg>, Zugriff am 23.09.2011.

3. Stilles Opfer

Streissler, Agnes: „Geriatrische Langzeitpflege. Situation und Entwicklungsperspektiven“, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 87, Wien 2004.

Unter: <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d9/MuG87.pdf>, Zugriff am 23.09.2011.

Müller-Hergl, Christian: „Gewalt und Vernachlässigung (Elder Abuse): Stand der Diskussion Mai 2011“, Landesinitiative Demenz-Service NRW 2011.

Unter: http://www.uni-wh.de/fileadmin/media/g/pflege/dzd/Downloads/Arbeitspapiere/Gewalt-und-Vernachlaessigung_Elder_Abuse.pdf, Zugriff am 26.09.2011.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.): „Übergriffe, Gewalt und Aggression gegen ältere Menschen. Erfahrungen von Expertinnen und Experten in österreichischen Beratungs- und Hilfseinrichtungen“, Wien 2009.

Unter:

http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/1/6/4/CH0169/CMS1218119020868/uebergriffe,_gewalt_und_aggression_gegen_aeltere_menschen.pdf, Zugriff am 26.09.2011.

Webauftritte:

Rotes Kreuz Österreich:

<http://www.roteskruz.at/berichten/aktuelles/news/datum/2009/12/11/keine-zeit-ich-pflege/>, Zugriff am 23.09.2011.

Statistik Austria:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html#index1, Zugriff am 23.09.2011.

Statistik Austria:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/gesundheitszustand/lebenserwartung_in_gesundheit/index.html, Zugriff am 23.09.2011.

4. Lost in Loneliness

Gesundheit Österreich GmbH (Hrsg.): „Quick Assessment zur Wirksamkeit und Sicherheit von SSRI-Präparaten. Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit“, Wien 2010.

Unter: http://portal.dimdi.de/de/hta/hta_berichte/hta304_bericht_de.pdf, Zugriff am 30.09.2011.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (Hrsg.): „Mental Health in Austria. Selected Annotated Statistics from the Austrian Mental Health Reports 2001 and 2003“,

Unter:

http://www.bmg.gv.at/cms/home/attachments/8/5/0/CH1273/CMS1038920009809/mental_health_in_austria.pdf, Zugriff am 30.09.2011.

Focus Patient Ltd. (Hrsg.): „Wir sind Alle Betroffene. Depression hat viele Gesichter. Informationsbroschüre der PÖD. Plattform Öffentlichkeitsarbeit Depression“, Wien 2008.

Unter: http://www.plattformpsyche.at/dokumente/Depression_Web_18_7_08.pdf, Zugriff am 30.09.2011.

Webauftritte:

Österreichische Sozialversicherung:

http://www.sozialversicherung.at/portal27/portal/esvportal/channel_content/cmsWindow?action=2&p_menuid=69440&p_tabid=5&p_pubid=640562, Zugriff am 26.09.2011.

Psychotherapiepraxis:

<http://www.psychotherapiepraxis.at/artikel/depression/depression-therapie.phtml>, Zugriff am 26.09.2011.

Ärztezeitung:

<http://www.aerztezeitung.at/archiv/oeaez-2009/oeaez-8-25042009/patientenbericht-angst-und-depression.html>, Zugriff am 30.09.2011.

5. Hamsterradl

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) (Hrsg.): „Alleinerziehende in Österreich. Lebensbedingungen und Armutsrisiken. Studie in Kooperation zwischen den Instituten für Soziologie der Universität Wien und der Universität Linz im Auftrag des BMASK“, Sozialpolitische Studienreihe Band 7, Wien 2011.

Unter: http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/5/8/4/CH0104/CMS1218527491861/band7_-_alleinerziehende.pdf, Zugriff am 29.09.2011.

Webauftritte:

Statistik Austria:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/familien/023079.html, Zugriff am 29.09.2011.

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/publdetail?id=152&listid=152&detail=459, Zugriff am 30.09.2011.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrdung/043950.html, Zugriff am 29.09.2011.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/familien/023079.html, Zugriff am 29.09.2011.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/020146.html, Zugriff am 29.09.2011.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/020143.html, Zugriff am 29.09.2011.